

WAHLPROGRAMM

BERLIN 2026 ABGEORDNETENHAUS
& BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG

DIE
URBANE.

EINE HIPHOP PARTEI



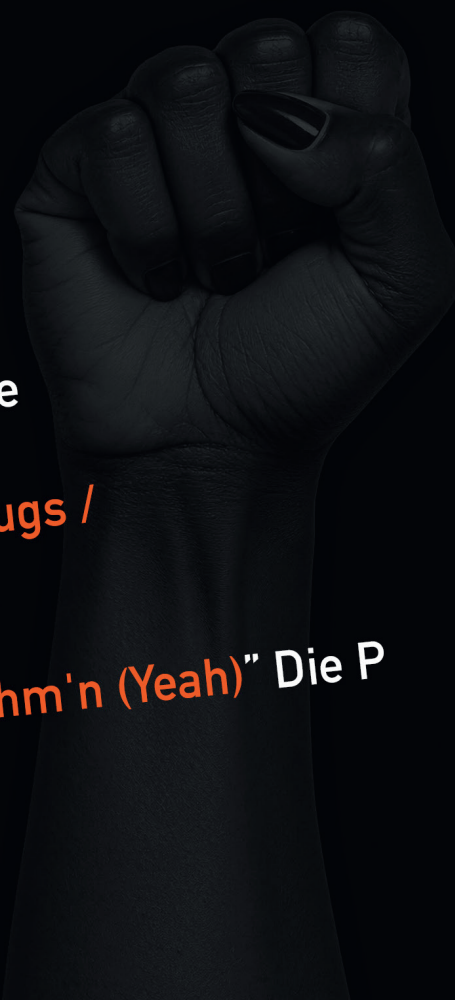
Web: die-urbane.de
Mail: peace@die-urbane.de
Mail Berlin: info.berlin@die-urbane.de

Telefon: 030-232568764
Instagram: [dieurbane_berlin](https://www.instagram.com/dieurbane_berlin)

[kritik/feedback/input: programm@die-urbane.de](mailto:kritik/feedback/input:programm@die-urbane.de)

**"Instead of war on poverty, they got a war on drugs /
So the police can bomb the projects." 2PAC**

"Scheiß auf das System, die Hood wird übernehm'n (Yeah)" Die P



ALLGEMEINES:

- Die Wiedereinführung der Wehrpflicht lehnt Die Urbane. ab! Bundeswehr raus aus den Schulen!
- 6 Mrd. für Bildung, Gemeinschaftsschulen für ALLE und HipHop-Praxis in die Schulklassen
- 3 Mrd. für Kunst und Kultur, Bestandsgarantie für Clubkultur und für Gelände wie das RAW
- Abschaffung der Bezahlkarte
- Arbeitserlaubnisse für alle, unabhängig von Pass & Status
- Abschiebungen und Abschiebeknäste abschaffen
- Tower an der Warschauer Str. vergesellschaften, Amazon rauswerfen und den Sister-Souljah-Campus für dekoloniale und kritische Schwarze Bildung etablieren.
- Staatsräson ächten – Palästinasolidarität entkriminalisieren. Kritische jüdische Stimmen hören.
- Miete abschaffen! Alle Menschen in würdiges Wohnen vermitteln! Alle Lager und Unterkünfte schließen.
- ÖPNV kostenlos und barrierefrei machen!
- Racial Profiling verbieten, KBO & WVZ abschaffen, Kniefixierung verbieten, Polizeimorde an Ferhat Mayouf, Medard Mutombo und anderen aufklären.
- Der Görlitzer Park soll offen bleiben und Berlin soll ein Parkkomitee mit 360.000 € jährlich fördern für Kunst, Kultur, Urban Gardening und Freizeit im Park.
- Die Mittel für Suchtprävention und akzeptierende Akuthilfe, Entzug und Beratungen wollen wir von 27,4 Mio. auf 50 Mio. erhöhen.

- Die Bewerbung für Olympia 2036 wird Die Urbane. zurückziehen.
- Die Urbane. will das Tempelhofer Feld so erhalten, wie es ist.
- Die BSR wollen wir an den Bevölkerungszuwachs anpassen: Etat um 20 % erhöhen für mehr Personal, mehr Wagen, mehr Container und Mülleimer und für Sperrmüllabholung.

DEKADE FÜR MENSCHEN AFRIKANISCHER ABSTAMMUNG

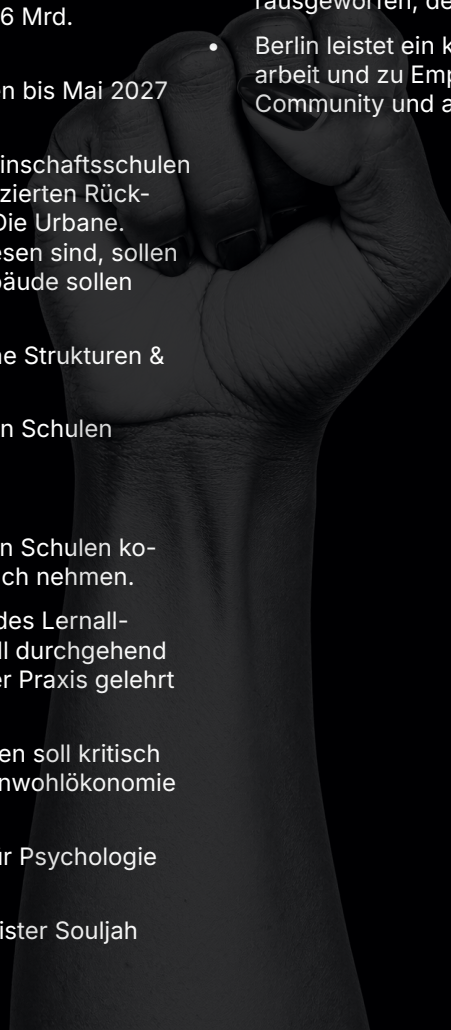
- Die Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung soll in Medien, Veranstaltungen, Curricula und politischen Debatten zentriert werden.
- Deutsche Kolonialgeschichte soll elementarer Teil der Lehrpläne sein und dekoloniale Analyse soll Teil jeder (!) Ausbildung und Lehre werden. Die Implementierung soll über 3 Jahre für 10 Mio. Euro umgesetzt werden.
- In Berlin wollen wir bis 2030 sieben Denkmäler, Mahnmale, Museen und Statuen errichten, die an Schwarze Geschichte, koloniale Verbrechen und Beiträge Schwarzer deutscher Menschen erinnern, und bestehende Projekte ausweiten. Dafür sollen 100 Mio. Euro bereitgestellt werden.
- Die ISD soll mit 1 Mio. Euro jährlich gefördert werden.
- Weitere Schwarze Selbstorganisationen, Empowerment- und Bildungsprojekte sollen ebenfalls mit insgesamt 5 Mio. Euro jährlich gefördert werden.

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

- Berlins Bildungsetat soll erhöht werden auf 6 Mrd. – 1000 mehr Stellen, keine Ausfälle mehr!
- TU-Hauptgebäude und Technik-Tower sollen bis Mai 2027 saniert werden.
- ALLE Schulen Berlins sollen inklusive Gemeinschaftsschulen werden, ohne Noten, stattdessen mit qualifizierten Rückmeldungen – Segregation von Kindern will Die Urbane. beenden. Kinder, die auf Assistenz angewiesen sind, sollen diese uneingeschränkt bekommen, alle Gebäude sollen barrierefrei werden.
- Dekolonisierung von Schule – eurozentrische Strukturen & Inhalte sollen transformiert werden.
- Bundeswehr und Polizei sollen nicht mehr an Schulen sprechen und rekrutieren.
- Das Schulessen soll für alle kostenlos sein.
- Bei Mangel an räumlichen Kapazitäten sollen Schulen kostenlos leerstehende Büroflächen in Anspruch nehmen.
- HipHop-Elemente sollen fester Bestandteil des Lernalltags und Schulalltags werden, allgemein soll durchgehend interdisziplinär und verbunden mit kultureller Praxis gelehrt werden.
- Das Wirtschaftsstudium an allen Hochschulen soll kritisch und dekolonial gestaltet werden und Gemeinwohlökonomie priorisieren.
- Die Urbane. will 500 Masterstudienplätze für Psychologie für Berlin einrichten.
- Im Tower an der Warschauer Str. soll der „Sister Souljah

Black & critical Studies Campus“ entstehen (Amazon wird rausgeworfen, der Tower wird vergesellschaftet).

- Berlin leistet ein klares Bekenntnis zu Antidiskriminierungsarbeit und zu Empowerment-Maßnahmen für die Schwarze Community und andere marginalisierte Communities.

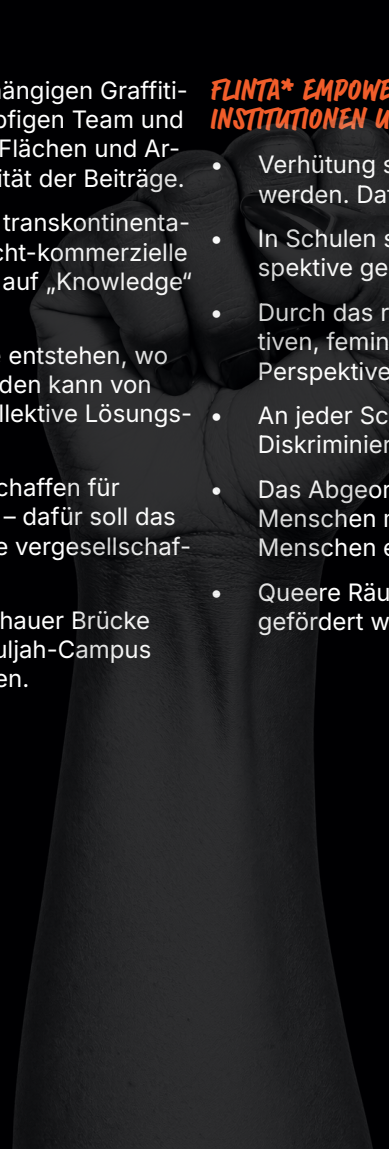


WIRTSCHAFT

- Arbeitserlaubnisse für alle Menschen, die da sind, egal aus welchen Gründen
- Die Ansiedlung von Waffenproduktionen und ihren Lobbybüros in Berlin lehnt Die Urbane. ab! Rheinmetall, Quantum Systems, Stark Defense, Germandrones, Helsing und Ground A etc. müssen gehen! Waffenlieferungen und Waffenproduktion lehnt Die Urbane. prinzipiell ab!
- Waffenlieferungen an Israel & an die VAR verurteilt Die Urbane. wegen des Einsatzes in den Genoziden an Palästinenserinnen und Sudanenserinnen explizit!
- Andauernde Waffenlieferungen an die Ukraine lehnt Die Urbane. ab und plädiert für Verhandlungen.
- Die Urbane. will für Berlin das Gemeinwohl & Nachhaltigkeit zum zentralen Maßstab der Unternehmensbesteuerung machen und das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie erproben.
- Alle Versorgungsunternehmen, die mit existentiellen Bedarfen handeln und versorgen, werden im Laufe der nächsten Jahre wieder vergesellschaftet.
- Die Urbane. will Stärkung und Förderung von Kleingewerbe und Kreativwirtschaft.
- Als Industrie will Die Urbane. statt Rüstung vor allem die Ansiedlung von Solar- und Windenergie-Technologie.

KUNST & KULTUR

- Der Etat für Kunst und Kultur soll auf 3 Mrd. steigen.
- Das RAW-Gelände und akut das Cassiopeia sollen erhalten bleiben und bestehende Kultur-Flächen sollen allgemein vergesellschaftet werden.
- Club-, Live- und Musiclocations müssen als Kulturstätten anerkannt werden und nicht wie bisher als Vergnügungststätten, um besseren Zugang zu Förderung zu haben. Die Urbane. will die Änderung der Baunutzungsverordnung für Club-, Live- und Musiclocations auf Bundesebene und Erleichterung von Zwischennutzung für kulturelle Angebote.
- Staatliche Einflussnahme auf Kunst und Kultur im Sinne der Staatsräson sehen wir als Zensur.
- Kunst und Kultur, die herrschaftskritisch sind, dürfen nicht von dieser Herrschaft behindert werden.
- Jugendliche erhalten ab dem 13. Lebensjahr einen 100€-Gutschein pro Monat für die Nutzung solcher Angebote und Räume.
- Kunst und Kultur werden eng verschränkt mit Bildung, um das emotionale Lernen zu stärken.
- HipHop-Kultur und Praxis werden Teil des Schulalltags an Berliner Schulen.
- Der Kultur-Etat soll ½ Mrd. Euro für Verbindungsarbeit zwischen Berlin und Brandenburg bereitstellen.
- Berlin soll Graffiti-Hauptstadt werden. Graffiti wird komplett entkriminalisiert. Alle Mauern im und rund um den Spreebogenpark im Regierungsviertel sollen freigegeben werden. Die Northside Gallery soll erhalten bleiben. Langfristig will Die Urbane. 20 % der öffentlichen Wände für



Graffiti bereitstellen. Berlin soll einen unabhängigen Graffiti-Beauftragte*n ernennen mit einem mehrköpfigen Team und Ressourcen für die Verwaltung von Berlins Flächen und Arbeit für Fairness, Treue zur Kultur und Qualität der Beiträge.

- Berlin soll Standort eines großen jährlichen transkontinentalen HipHop-Jams werden, mit Fokus auf nicht-kommerzielle Acts, auf Break-Battles, auf DJ-Battles und auf „Knowledge“ (Wissen).
- In allen Bezirken sollen barrierefreie Räume entstehen, wo „Theater der Unterdrückten“ praktiziert werden kann von allen, um Emotionen zu kanalisieren und kollektive Lösungsansätze zu erarbeiten.
- In FHXB will Die Urbane, günstige Räume schaffen für Proben, Ateliers, Subkultur und freie Szene – dafür soll das Living-Levels-Luxuswohnhaus an der Spree vergesellschaftet werden.
- Im vergesellschafteten Tower an der Warschauer Brücke soll Amazon raus und außer dem Sister-Souljah-Campus auch das May-Ayim-Kulturzentrum entstehen.

FLINTA* EMPOWERN, PATRIARCHAT RAUS AUS DEN KÖPFEN, INSTITUTIONEN UND GESETZEN

- Verhütung soll kostenlos sein, Abbrüche sollen legalisiert werden. Dafür soll sich Berlin im Bundesrat starkmachen.
- In Schulen soll Geschichte aus einer feministischen Perspektive gelehrt werden.
- Durch das regelmäßige Treffen von Schulklassen mit positiven, feministischen, antirassistischen Vorbildern werden Perspektiven eröffnet.
- An jeder Schule soll es unabhängige Beauftragte geben für Diskriminierung und Gewaltschutz.
- Das Abgeordnetenhaus soll Quoten für FLINTA*, für Menschen mit Migrationsgeschichten und für behinderte Menschen einführen.
- Queere Räume sollen mit 20 Mio. Euro (aktuell 17,4) gefördert werden.

VON STAATSRÄSON ZU KRITISCHER ERINNERUNGSKULTUR

- Berlin als Bundesland soll den Genozid an Menschen in Gaza anerkennen und die eigene völkerrechtswidrige Rolle darin. Die Palästina-Solidarität muss entkriminalisiert werden.
- Kritische israelische und palästinensische, jüdische und muslimische Stimmen müssen im Parlament gehört werden und sie müssen für die erlebte Repression voll entschädigt werden!
- Berlin als Bundesland muss für eine Befreiung und eine umfassende Entschädigung der Ulm 5 eintreten.
- Das Land Berlin soll umgehend die Städtepartnerschaft mit Tel-Aviv beenden und stattdessen die Forderungen der BDS-Bewegung unterstützen.
- Der Begriff und die Idee der „Staatsräson“ werden von Die Urbane. politisch geächtet.
- Die Erinnerungsarbeit an die Genozide an Nama & Ovahe-ro, an Juden*Jüdinnen, an Roma & Sinti, an Schwarzen Menschen, an behinderten Menschen und an queeren Personen und die Komplizität in weiteren Genoziden in Sudan, Kongo, Gaza etc. soll in Berlin intersektional, dekolonial, machtkritisch und vor allem zivilgesellschaftlich organisiert werden. Außerdem soll die Geschichte der Wiedervereinigung erinnert, dokumentiert und aufgearbeitet werden.

FÖRDERMITTELAFFÄRE

- Die Urbane. will Konsequenzen für alle CDU- und SPD-Mitglieder, die in die Vetternwirtschaft in der Fördergeldaffäre verwickelt waren oder davon wussten, und die Rückzahlung aller Mittel. Die Verwaltung der Mittel soll durch SenASGIVA für Projekte gegen ALLE Rassismen, darunter antijüdischen Rassismus, Anti-Schwarzen Rassismus, anti-muslimischen Rassismus etc., vergeben werden.
- Die Urbane. will, dass kritische Positionen und Gruppen innerhalb der Kulturförderung geschützt sind von der Kunst- und Meinungsfreiheit – KEINE Klausel für die IHRA-Definition!

R2B - REGION BERLIN BRANDENBURG

- Die Urbane. will soziale, kulturelle und wirtschaftliche Verbindungsarbeit zwischen Brandenburg und Berlin mit 1 Mrd. Euro fördern. Es sollen Austauschprojekte, regelmäßige HipHop-Festivals und Jams, Workshops und Schulprojekte in Berlin und Brandenburg stattfinden, um Geschichten & Erfahrungen zu teilen, besonders auch für migrantische und migrantisierte bzw. für queere und behinderte Brandenburgerinnen und Berlinerinnen.

WERBUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM

- In Bahnen und Bussen wird im Display nur von der Landeszentrale kuratiertes Wissen vermittelt.
- In den Wartehäuschen der BVG sollen nur noch lokale Geschäfte und gemeinnützige NGOs werben. Werbung für Alkohol wird abgeschafft.

KLIMA & VERKEHRSWENDE

- Der ÖPNV soll kostenlos und komplett barrierefrei sein!
- Alle Strafen für Fahren ohne Fahrschein sollen umgehend beendet werden.
- Auf allen Strecken sollen Awareness-Teams fahren, die auf ein respektvolles Miteinander achten, aber ohne als Sheriffs aufzutreten.
- Die ersten Sonntage in den Monaten April–September sollen autofrei sein und die Autobahnen sollen zum Skaten und Biken öffnen, für Graffiti-Halls of Fame, für Flohmärkte, für HipHop-Jams, Reggae-Jams, Rock-Konzerte, House-Raves etc.
- „Dekoloniale Klimagerechtigkeit statt Klimaneutralität“: Das Land Berlin soll eine solche Kampagne finanzieren, um eine allgemeine Konsumwende anzuschieben.
- Berlin soll ein eigenes E-Carsharing etablieren, das sich selbst inklusive der Verwaltung, Wartung, Reparaturen und des Ersatzes finanziell trägt, und zu der Flotte sollen auch überdachte Transportfahrräder gehören.
- Die Urbane. will, dass die Transformation des Verkehrs machtkritisch passiert. Anwohner*innen sollen bei geplanten Maßnahmen mitentscheiden.

- Allgemein sollte Konsum in Produkte und Dienstleistungen gelenkt werden, für die entlang der Lieferkette fair gezahlt wurde (Rohstoffe & Löhne & Steuern), und die Verwaltung muss standardmäßig nachhaltig konsumieren.
- Berlin soll Standort eines großen jährlichen transkontinentalen HipHop-Jams werden, mit Fokus auf nicht-kommerzielle Acts, auf Break-Battles, auf DJ-Battles und auf „Knowledge“ (Wissen).
- In allen Bezirken sollen barrierefreie Räume entstehen, wo „Theater der Unterdrückten“ praktiziert werden kann von allen, um Emotionen zu kanalisieren und kollektive Lösungsansätze zu erarbeiten.
- In FHXB will Die Urbane. günstige Räume schaffen für Proben, Ateliers, Subkultur und freie Szene – dafür soll das Living-Levels-Luxuswohnhaus an der Spree vergesellschaftet werden.
- Im vergesellschafteten Tower an der Warschauer Brücke soll Amazon raus und außer dem Sister-Souljah-Campus auch das May-Ayim-Kulturzentrum entstehen.

LOHNARBEIT, CAREARBEIT, REPRODUKTIVE ARBEIT

- Der ÖPNV soll kostenlos und komplett barrierefrei sein!
- Alle Strafen für Fahren ohne Fahrschein sollen umgehend beendet werden.
- Auf allen Strecken sollen Awareness-Teams fahren, die auf ein respektvolles Miteinander achten, aber ohne als Sheriffs aufzutreten.
- Die ersten Sonntage in den Monaten April–September sollen autofrei sein und die Autobahnen sollen zum Skaten und Biken öffnen, für Graffiti-Halls of Fame, für Flohmärkte, für HipHop-Jams, Reggae-Jams, Rock-Konzerte, House-Raves etc.

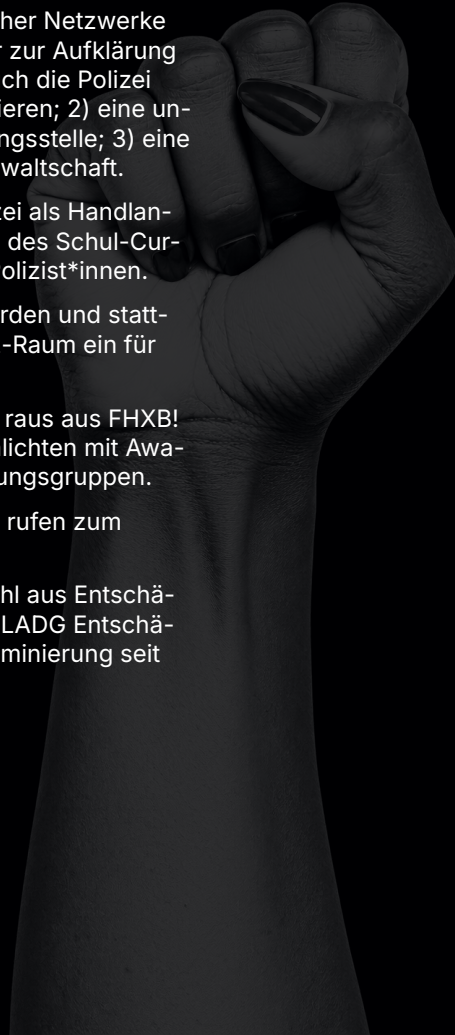
DEMOKRATIE

- Die Lobbypraxis von Unternehmen soll transparent und öffentlich stattfinden, so dass zivilgesellschaftliche Perspektiven in Echtzeit kommentieren können. Intransparentes Lobbying soll mit hohen Bußgeldern für Unternehmen sanktioniert werden und Abgeordnete sollen sofort ihren Sitz verlieren.
- Die Urbane. will allgemeines Wahlrecht für alle etablieren, unabhängig von Pass und Status, und ab 2031 auch Wahlrecht ab 14 Jahren einführen und bis dahin gründliche und flächendeckende politische Bildung etablieren.
- Auf dem Wahlzettel soll es zukünftig die Möglichkeit geben, eine Ersatzstimme anzukreuzen, falls die erste Wahl die Hürde nicht überwindet.
- Die Hürde für die Wahl zum AGH soll zukünftig auf 2 % gesenkt werden, um den Zugang für neue Parteien zu erleichtern.

DEFUND THE POLICE ... ABOLISH THE POLICE – POLIZEI KÜRZEN ... POLIZEI ABSCHAFFEN

- Fade Out Polizei – Der Polizei-Etat soll schrittweise gemindert werden und in soziale Verwendungen umgelenkt werden.
- Die Einstufung von Kiezen in KBO (kriminalitätsbelastete Orte) und WVZ (Waffenverbotszonen) soll aufgegeben werden. Racial Profiling soll verboten werden.
- Es sollen keine öffentlichen Mittel mehr verwendet werden, um privaten Reichtum zu schützen.
- Die Urbane. will das Aufgaben-Spektrum der Polizei drastisch reduzieren und die ASOG-Novelle rückgängig machen.
- Umgang mit mentalen Krisensituationen wird komplett von der Polizei getrennt.
- Graffiti wird komplett entkriminalisiert, bestehende Strafen werden beendet.
- Hausräumungen werden nicht mehr durch die Polizei durchgesetzt.
- Razzien in Shisha-Bars und die Verfolgung vermeintlicher Clans (statt einzelner Personen, die bestehendes Recht brechen und straffällig werden) beenden wir.
- Polizeigewalt soll konsequent verfolgt werden und drastisch sanktioniert werden. Morde durch die Polizei, insbesondere rassistische Morde wie die an Ferhat Mayouf und Medard Mutombo, müssen priorisiert und radikal verfolgt werden.
- KI-gestützte Kameraüberwachung soll in Berlin überhaupt nicht zum Einsatz kommen.

- Der Verfassungsschutz soll abgeschafft werden.
- Für die Verfolgung faschistischer, rassistischer Netzwerke werden 1) eine unabhängige Landesagentur zur Aufklärung von Rechtsextremismus eingerichtet, die auch die Polizei kontrolliert und Befugnisse hat, zu sanktionieren; 2) eine unabhängige zivilgesellschaftliche Beobachtungsstelle; 3) eine spezialisierte, unabhängige Sonderstaatsanwaltschaft.
- Die kritische Lehre der Geschichte der Polizei als Handlangerin der kapitalistischen Profiteure soll Teil des Schul-Curriculums sein und Teil der Ausbildung von Polizist*innen.
- Die Kotti-Wache soll wieder abgeschafft werden und stattdessen richten wir dort einen FLINTA*-Kiez-Raum ein für Gewaltschutz-Beratung.
- Modellprojekt „Bezirk ohne Bullen“ – Polizei raus aus FHXB! Lasst uns uns selbst einigen und Streits schlichten mit Awareness-Teams, mit Kiez-Räten und Schlichtungsgruppen.
- Die Urbane. wird einen neuen UA ins Leben rufen zum Neukölln-Komplex.
- Opfer des Neukölln-Komplexes sollen sowohl aus Entschädigungsfonds Mittel erhalten als auch nach LADG Entschädigungen erhalten für die 6 Jahre der Diskriminierung seit Verabschiedung des Gesetzes.



SOZIALE LÖSUNGEN FÜR SOZIALE PROBLEME

- Der Etat für Arbeit, Soziales, Antidiskriminierung, Vielfalt, Gleichstellung soll insgesamt von 1,87 auf 2 Mrd. Euro steigen. Integration als Idee ist eurozentrisch, alles, was darüber finanziert wurde, muss geprüft werden und unter Gleichstellung laufen.
- Die Gleichstellungsbeauftragten in den Bezirken müssen für alle Diskriminierungskategorien gleich informiert sein und brauchen jeweils ein großes Team, um strukturelle Diskriminierung zu bekämpfen.
- Geflüchtete Personen müssen volle Menschenrechte genießen.
- Gewaltschutz in Berlin muss sich an der Istanbul-Konvention orientieren. Bei struktureller und institutioneller Gewalt muss es unabhängigen Schutz geben, besonders für queere, behinderte und rassifizierte FLINTA*.
- Gewaltschutz für Berlin muss intersektional funktionieren und muss seine Standards an komplexen Fallkonstellationen orientieren, damit diese nicht durchs System fallen.
- Die Urbane. setzt im Gewaltschutz vor allem auf Prävention und transformative Gerechtigkeit. Das Ziel ist nicht mehr Schutz gegen mehr Gewalt, sondern die Abschaffung der Gewalt durch Aufklärung und berlinweiten Ausbau feministischer Bildung und Infrastruktur. Gegen strukturelle Gewalt helfen Professionalisierung in Institutionen und Behörden und strukturelle Maßnahmen, z. B. standardmäßige qualifizierte Sprachmittlung.
- Die Urbane. will die Abschaffung des Bürgergeldes für Berlin und Etablierung eines City-Grundeinkommens, ohne Sanktionen, ohne Bedingungen, ohne Bürokratie, die daran hängt.
- Etablierung bzw. Ausbau von Kiezzentren mit Multi-Zweck-Räumen für Veranstaltungen mit Kiez-Kantinen
- Erhaltung ALLER Jugendzentren wie Potse & Co. und Eröffnung weiterer Jugendzentren in den Randgebieten, die divers, rassismuskritisch, queerfreundlich etc. sind
- Mental-Health-Kampagne „Mensch, Berlin 2030“: Die Urbane. will geschlossene Psychiatrien abschaffen und stattdessen akzeptierende personalintensive Teams für enge Betreuung.
- Die Urbane. bevorzugt „Kritische Sozialarbeit“ für kritische und akzeptierende Begleitungs- und Unterstützungsarbeit als Standard für Berlin und will Mittel da hineinlenken.
- Transformation von „sozialen Diensten“ wie Jugendämtern, die de facto Armut und Migration sanktionieren, in Dienste, die primär Familien dabei unterstützen, ihre Menschenrechte zu bekommen (Wohnen, Versorgung, Bildung, Kultur, Sicherheit)
- Bis ein allgemeines Bleiberecht etabliert ist, soll es kritische Schulungen und Lehrgänge zu Eurozentrismus und Dekolonialität für alle Beschäftigten in der LEA geben.
- Ungleichbehandlung der Glaubensgemeinschaften soll beendet werden. Da Die Urbane. Glauben respektiert, aber gleichzeitig Politik säkular gestaltet, sollen alle Mittel für alle gestrichen werden – auch die sogenannten „Ausgleichszahlungen für Enteignungen“.

WOHNEN

- Die Urbane. plant akute Unterstützung für obdachlose Menschen: Wer kein Dach über dem Kopf hat, darf in den Berliner Rathäusern und Bezirksämtern übernachten. Entsprechende Sanitäranlagen stellt die Stadt zur Verfügung. Die Urbane. will die Unterbringung aller obdachlosen Personen in Wohnungen bis Ende 2027.
- Berlin etabliert eine Wohn-Garantie mit Entschädigungsanspruch i. H. v. 80 € pro Nacht pro Person.
- Die Urbane. will würdiges Wohnen & Wohnungen für alle, unabhängig von Pass, Status, Einkommen, Geschlecht, Fähigkeiten oder Aussehen – Abschaffung aller Lager für Geflüchtete
- Die Mietpreibremse für Berlin soll weiterhin gelten und verschärft werden!
- Langfristig plant Die Urbane. die Abschaffung von Miete für Wohnen und stattdessen Wohnen zu reinen Betriebs- und Instandhaltungs- und Modernisierungskosten. Niemand sollte mit Wohnen als Grundbedürfnis Profite machen.
- Mieter sollen ab sofort Anspruch darauf haben, ihre Vermieter zu kennen. Es werden Präsenz-Pflicht-Sprechstunden eingeführt (mind. 6–8 h/Monat) – Miete darf sonst ausgesetzt werden.
- Es soll ein Wohnungsregister eingeführt werden, um Auslastung, Flexibilität und Leerstände zu erfassen.
- Die Urbane. will Leerstand sanktionieren mit empfindlichen Strafen. 40.000 Wohnungen stehen leer oder sind nur für Airbnb genutzt und 2 Mio. qm Bürofläche stehen leer. Nach 2 Monaten Leerstand muss die Zahlung von 100 € pro Nacht pro Zimmer geleistet werden, nach 1 weiteren Monat passiert eine 3-monatige Übernahme, danach wird vergesellschaftet.
- Bis zu der Implementierung dieser Maßnahmen soll Hausbesetzung legalisiert werden.
- Langfristiges Ziel: Die Urbane. will grundsätzlich kommerzielle Immobilienwirtschaft nur in einem begrenzten Ausmaß zulassen. Der kommerzielle Teil der Immobilienwirtschaft darf 10 % des Marktes nicht überschreiten.
- Die Urbane. will vergesellschaften ab 1000 Wohnungen, später ab 500, dann 100. In einem zweiten Schritt, der auch parallel organisiert wird, wird in Genossenschaften umgewandelt. Dabei müssen Genossenschaften Diversitätsprinzipien und -quoten implementieren.
- Auf allen Dächern sollen Solarpaneele installiert werden, um möglichst viel Energie autonom und dezentral generieren zu können.
- Wir planen eine Kooperation mit Brandenburg für den Bau von 100.000 Sozialwohnungen im Berliner Umland bis 2035 – für Brandenburgerinnen und Berlinerinnen und mit einer Vergabe der Wohnungen nach Diversitätskriterien.

WIE SOLL DAS ALLES BEZAHLT WERDEN?

- Kreditaufnahme von 4 Mrd. Euro
- Mittel der Polizei schrittweise kürzen von 2,1 Mrd. Euro auf 1 Mrd. Euro bzw. von aktuell 525 € pro Einwohnerin auf 250 € pro Einwohnerin (so wie in NRW), später weitere Kürzungen.
- Verhinderung der Steuerflucht der Tech-Mega-Konzerne wie Google, Apple, Microsoft, Meta, Amazon etc. durch Bundesratsinitiativen für eine globale Mindeststeuer (z. B. 15 %) und eine Digitalsteuer
- Die Urbane. will eine Bundesratsinitiative zur Erhebung von Vermögensteuer i. H. v. mind. 2 % ab 1 Mio. Euro Vermögen.
- Schaffung von Stellen explizit für die Verfolgung von Steuervermeidung durch vermögende Berliner Mitbürger*innen und Unternehmen.
- Die Urbane. Eine HipHop Partei will die Deckelung der Beiträge zur KV komplett aufheben und gleichzeitig die privaten KV abschaffen. Alle sollen in eine gesetzliche KV einzahlen. Dafür braucht es eine Bundesratsinitiative.
- Die Urbane. will die Erhöhung der City-Tax auf 10 % für Business & auf 8 % für Freizeit-Touris.
- Unternehmen werden verpflichtet, höhere Steuern auf ihre Gewinne zu zahlen. Der Gewerbesteuer-Hebesatz soll auf 450 % erhöht werden und er soll auch für hochbezahlte Selbständige gelten (Steuerberater, Ärztinnen, Notare, Anwältinnen etc.) und für alle Pachten, Mieten & Lizenzen. Der Freibetrag soll bis 36.000 sein.
- Bis zur Vergesellschaftung wird die Grunderwerbsteuer auf 15 % erhöht. Ausgenommen sind Genossenschaften und Erwerb für den Eigenbedarf (weiterhin 6 %).
- Wir rufen zwei Kampagnen ins Leben, die durch die Zivilgesellschaft getragen werden sollen:
- „Kauf im Kiez: Lokal konsumieren, Amazon & Co. aushebeln!“ &
- „Der Berlin-Faktor“ – Unternehmen, die in Berlin produzieren und Leistungen anbieten, zahlen auch in Berlin Steuern, weil sie selbst es wichtig finden, etwas an Berlin zurückzugeben.
- Das Privileg der Beamt*innen, nicht in die Sozialversicherung einzahlen zu müssen, aber voll davon zu profitieren, wird abgeschafft. Es dauert ein bisschen, bis sich das rechnet, wir starten!
- Politiker-Pensionen sollen einfach denselben Regeln folgen wie alle anderen Renten auch.
- Ohne die migrationsfeindliche Politik und Administration kann Berlin insgesamt ca. 2,5 Mrd. Euro sparen und gleichzeitig steigen die Steuereinnahmen, weil es mehr Arbeitende und Steuerzahlende geben wird.



**DIE URBANE. EINE HIPHOP
PARTEI – WIR TRETEN AN
AUF LISTENPLATZ 12**

**FÜR DIE WAHL ZUM AB-
GEORDNETENHAUS UND
ZUR BVV FRIEDRICHSHAIN-
KREUZBERG**

**Hier liest Du, wie wir Berlin zu einer solidarischen Stadt für
ALLE machen wollen, die hier sind!**

Wir wollen ... das Sozialstaatsprinzip priorisieren! Eigentum ist zwar garantiert, aber es ist auch zum Gemeinwohl verpflichtet. Der Umkehrschluss ist: Wenn Eigentum dem Gemeinwohl schadet, dann darf es – muss es sogar! – enteignet bzw. vergesellschaftet werden.

Dieser Logik wollen wir konsequent folgen.

Die Zukunft ist grenzenlos! Berlin und Brandenburg zusammen können eine superdynamische Region werden, eine Art New York des 21. Jahrhunderts – jung, divers, kreativ, innovativ, unkonventionell, dekolonial, inklusiv, bildungsgerecht, nachhaltig, gemeinwohlorientiert, mehrsprachig und inspirierend! Auf dieses Ziel wollen wir als Die Urbane. regional hinarbeiten und uns dafür mit progressiven Kräften in Brandenburg verbinden.

Als abolitionistische Partei wollen wir Unterdrückungssysteme nicht verwalten, sondern überwinden. Inwiefern das mit Mitteln der politischen Gestaltung und Willensbildung und mit Parlamentarismus überhaupt geht, muss kritisch hinterfragt werden. Gleichzeitig können wir den Diskurs prägen und Schritte unternehmen, die den Boden bereiten für Abschaffungspolitiken. Ob und wann wir als Planet an einem Punkt ankommen, an dem wir als Menschheit ohne Zwang, Gewalt, Machtmissbrauch und Autorität miteinander leben können, ist unsicher.

Theoretisch könnte es ganz schnell gehen, in der Praxis stehen uns aber machtvolle, imperiale und koloniale Institutionen und Strukturen im Weg.

Berlin ist die Hauptstadt der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt. Deutschland ist deswegen das dominanteste Land in der EU. Von hier geht viel politische Macht aus. Von hier gingen und gehen aber auch ökonomische Gewalt, Klimawandel, Genozide und Massenmorde aus. Das ist das koloniale Erbe und der rassistische kapitalistische Normalzustand. Aber Geschichte kann anerkannt und repariert werden. Zerstörerische Systeme können überwunden werden.

Das ist auch das Ziel von Die Urbane. für Berlin. Denn gerade Berlin trägt dafür spezielle Verantwortung auch jenseits von der Gesetzgebungskompetenz als Bundesland.

Die letzten Regierungen gehen unterm NATO-Dach durch die Osterweiterung fahrlässig auf Konfrontationskurs. Der verbrecherische Überfall Russlands auf die Ukraine, der dadurch nicht zu legitimieren ist, wurde aber in Kauf genommen, statt zu deeskalieren. Wir hören jetzt zunehmend eskalative, kriegerische Rhetorik, zahlen ein Vielfaches für Militär, es wird hochgerüstet und das mit der unkritischen Unterstützung durch fast alle öffentlichrechtlichen und etablierten kommerziellen Medienplattformen. Ein Merz verkündet schamlos, er wolle Deutschland zur stärksten militärischen Macht in Europa machen. Wtf??? Wir wollen gegensteuern aus einer kapitalismuskritischen, queerfeministischen, machtkritischen und dekolonialen Perspektive.

Wir erleben immer mehr Polizeigewalt, Abschottung, staatliche Repression von Meinungsfreiheit, KI-Steuerung und Automatisierung von Gewalt. Wir erleben massive Kürzungen in sozialen Bereichen und bei Kunst und Kultur.

Wir beobachten auch die Verschiebung von Diskursen weg von Menschenrechten und kritischer Analyse hin zu Rassismus, Staatsräson, Machtpolitik und Antifeminismus. Das sind alles Merkmale von Faschismus und Anzeichen für Faschismus.

